

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß, zum 30. Jahrestag des Deutschlandvertrages: Wiedervereinigung nur auf friedlichem Weg. Seite 1

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP hält den EG-Bojkott-Beschluß für eine Fehlentscheidung historischen Ausmaßes: Notwendige Aspekte der Lateinamerika-Politik mißachtet. Seite 3

Freimut Duve, Günther Janzen und Günther Tietjen: Handlungszwang gegen die Verschmutzung der Nordsee dringender denn je. Seite 4

Volker Neumann MdB schrieb einen Offenen Brief an den Genossen Girgensohn: Bleibe hart! Seite 6

Manfred Dammeier MdL drängt auf Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse: CSU verantwortungslos. Seite 7

### Dokumentation

Egon Bahr MdB: Sich aus alten Denkschablonen befreien (Teil II). Seite 8

37. Jahrgang / 98

25. Mai 1982

Es wird ein friedlicher Weg sein

Der 30. Jahrestag des Deutschlandvertrages stellt die Frage nach der Wiedervereinigung

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

An 26. Mai 1952 wurde der Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten unterzeichnet. Nach einem zweijährigen Ratifizierungsprozeß, in dessen Verlauf der am 17. Mai 1952 unterzeichnete Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am Votum der Französischen Nationalversammlung scheiterte, trat am 5. Mai 1955 das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland und mit ihm der "Generalvertrag" in Kraft.

Bis dahin hatten die Vier Mächte die supreme authority in Deutschland ausgeübt. Die Bundesrepublik Deutschland erhielt ihre innere und äußere Souveränität. Sie wurde zum handelnden Völkerrechtssubjekt, aber wie die DDR, die ihre staatliche Souveränität durch die Souveränitätserklärung der UdSSR am 25. März 1952 erhalten hatte, mit eindeutigen Vorbehalten.

Nicht die Tatsache, nun endlich die Hoheitsgewalt und die außenpolitische Handlungsbefähigung erhalten zu haben, bestimmte damals das Denken und Handeln der demokratischen Kräfte, sondern die Vorbehaltsklausel in Artikel 2 - die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und eines Friedensvertrages - und die Bindungsklausel in Artikel 7 des Vertrages - die Integration eines wiedervereinigten Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft. Zwar waren nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bei der Ausarbeitung des Pariser Vertrages (vom 23. Oktober 1954) die schlimmsten Formulierungen gestrichen beziehungsweise gemildert worden, aber im Sinne der Wahrnehmung des höchsten nationalen Interesses der Deutschen blieb die Souveränität dieser jungen deutschen Republik deutlich eingeschränkt. Es blieben Vorbehalte der Alliierten in bezug auf das Zustandekommen und damit auch in bezug auf die künftigen internationalen Bindungen eines einheitlichen deutschen Staates.



Diese Bestimmungen waren, abgesehen von Berlin, bezogen auf die nationale Frage ausschließlich im negativen, den Handlungsspielraum der Bundesregierung einschränkenden Sinne gedacht. Die langjährige ost- und deutschlandpolitische Enthaltensamkeit der Adenauer-Regierung bestätigt dies. Daß die Vorbehaltsrechte der Drei Mächte den Willen des Souveräns einseitig verpflichten sollten, geht aus einer Antwort hervor, die John Foster Dulles am 4. April 1955 Senator Humphrey auf dessen Frage gab, welche Garantien dafür bestünden, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eines Tages der NATO nicht den Rücken kehre:

"Die Westmächte hätten aufgrund des Artikels 2 der revidierten Bonner Konvention das Recht, in der Frage der Wiedervereinigung mitzureden, wenn sie es wollten. Die Bedingungen der Wiedervereinigung müßten jedenfalls für sie annehmbar sein, obschon die Deutschen nach Inkrafttreten der Pariser Verträge souverän seien".

Der Generalvertrag brachte der Bundesrepublik Deutschland die Souveränität und die Einbindung in die westliche Gemeinschaft. Eine friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland und die Wiedervereinigung - in Artikel 7 des Vertrages erklärte Ziele der Vertragspartner - brachte er nicht. Der Vertragsabschluß war auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland auch nicht von einer rationalen und konstruktiven Politik gegenüber dem Osten begleitet, die zur Verringerung, geschweige denn zur Aufhebung der Spaltung Deutschlands in zwei Staaten hätte beitragen können.

Erst mit den Ostverträgen wurden von der sozialliberalen Koalition die Grundlagen gelegt für Versöhnung, Ausgleich und Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Osten. Die Ostverträge ließen die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes, wie sie für die Drei ihren Niederschlag gefunden hatten in den entsprechenden Artikeln des Generalvertrages und für die Vier in der Direktive der Genfer Viermächte-Konferenz am 23. Juli 1955, völlig unberührt.

Die Respektierung dieser residuellen Rechte war eine der Voraussetzungen für das Zustandekommen der Ostverträge und des Viermächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971.

Der am 26. Mai 1952 geschlossene und am 23. Oktober 1954 revidierte Vertrag eröffnete den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, und darin lag seine große politische Bedeutung, eine Verfassung zu verwirklichen, die allen Bürgern Freiheit, ein demokratisches Gemeinwesen und soziale Gerechtigkeit garantieren will.

Die gesamtdeutschen Zielsetzungen und Verpflichtungen im "Generalvertrag" vom 26. Mai 1952 sind in den nachfolgenden Jahren häufig zitiert und noch häufiger zum Vorwand für den Verzicht auf eine eigene aktive Deutschlandpolitik genommen worden.

Die Politik der Stärke ist gescheitert. Der Weg zur Vereinigung des geteilten deutschen Volkes, gleichviel, welcher Weg jemals eingeschlagen werden oder gangbar erscheinen sollte, er wird ein friedlicher Weg sein und von einer aktiven Friedens- und Verständigungspolitik im Interesse aller europäischen Staaten in Ost und West begleitet sein müssen. Er wird - wenn überhaupt - zu einer von allen Hauptbeteiligten akzeptablen Lösung der deutschen Frage führen. Neben den Vier Mächten gehören dazu die beiden deutschen Staaten, die in ihrem Verhältnis zueinander die Rechte und Verantwortlichkeit der Vier Mächte als Realität anerkennen und die für den auf noch unabsehbare Zeit nicht überwindbaren Zustand der Teilung einen vertraglich gesicherten modus vivendi gefunden haben im Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972. (-/25.5.1982/hi/ca)

+ + +



Fehlentscheidung historischen Ausmaßes

Der EG-Boykottbeschuß mißachtet notwendige Aspekte der Lateinamerikapolitik

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP  
Stellvertretende Vorsitzende des Außenwirtschaftsausschusses des EP  
Berichterstatteerin für die Beziehungen der EG zu Mittelamerika

Die Entscheidung der Mehrheit der EG-Mitgliedsregierungen, die Boykottmaßnahmen gegen Argentinien nach Artikel 113 der Römischen Verträge unbegrenzt fortzuführen, ist eine Fehlentscheidung historischen Ausmaßes. Eine solche Entscheidung muß in der Dritten Welt und insbesondere in Lateinamerika als Unterstützung einer Politik verstanden werden, die die Reste des Kolonialismus mit militärischen Mitteln konservieren will. Die sieben EG-Mitgliedsregierungen, die ihre Haltung mit dem Schild der EG tarnten, haben damit den Anspruch der EG, Mittler im Nord-Süd-Konflikt und eine Alternative in der Kooperation mit der Dritten Welt im Gegensatz zu den beiden Supermächten zu sein, auf absehbare Zeit verspielt. Sie haben sich einseitig auf die Seite des "Nordens" gestellt und es nicht gewagt, der gescheiterten Lateinamerika-Politik der US-Regierung eine ernsthafte Alternative gegenüber dem "Süden" entgegenzustellen.

Spätestens seit dem englischen Angriff auf die Colonel Belgrano hätte die EG einsehen müssen, daß ein Wirtschaftsboykott englische militärische Aktionen nicht verhindern konnte. Sie hätte unmittelbar die Konsequenz ziehen und die Boykottmaßnahmen zurücknehmen müssen.

Der Eindruck des historischen Versagens der EG-Mitgliedsländer wird in Lateinamerika bleiben, auch wenn die jetzige argentinische Junta fällt. Denn es muß darauf hingewiesen werden, daß die Frage der Malwinen sich längst zu einer Frage der Strategie gegenüber der Dritten Welt, gegenüber dem Süden entwickelt hat, die weit über die Frage des unmittelbaren Verhältnisses zu Argentinien und der Verurteilung der argentinischen Junta hinausgeht.

Die Reagan-Regierungsstrategie gegenüber Lateinamerika, eigenständige Modelle gesellschaftlicher Veränderung zu verhindern und sich dabei der Handlangerdienste der lokalen militärischen und wirtschaftlichen Elite sowie diktatorischer Regimes in Lateinamerika selbst zu bedienen, ist durch das Verhalten der US-Regierung seit der Malvinenkrise ernsthaft gefährdet.

Statt dessen zeichnet sich zwischen Ländern völlig unterschiedlicher Orientierungen das deutliche Verlangen der Region Lateinamerika ab, ihre Unabhängigkeit von den USA zu sichern.

In einer solchen Situation die EG in eine Konfrontation zu Lateinamerika zu bringen, ist politisch verantwortungslos, schafft ein Vakuum und wird sich sehr schnell als folgenreichste und verhängnisvollste Entscheidung der europäischen politischen Zusammenarbeit erweisen.

Befremdlich stimmt vor allem auch das zustimmende Verhalten des Bundesaußenministers. Es entspricht jedenfalls nicht den Hoffnungen in der deutschen Bevölkerung auf friedliche Lösungen bedrohlicher Krisen.

(-/25.5.1982/eu/ca)

+ + +



Und nun auch noch Atom Müll  
-----

Handlungszwang gegen die Verschmutzung der Nordsee dringender denn je

Von Freimut Duve (Hamburg), Günther Jansen (Schleswig-Holstein) und  
Günther Tietjen (Niedersachsen)

Mitglieder im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Anhörung von Sachverständigen zum Thema "Umweltprobleme der Nordsee" hat gezeigt, daß die Kontrolle der Meeresverschmutzung und eine konsequentere Ahndung von Verstößen durch hohe Bußgelder erforderlich sind. Vor allem aber muß planmäßig und schnell die Einleitung von Schadstoffen, insbesondere von Lande aus, verringert werden.

Dabei müssen alle Einleitungen aus der Industrie und aus kommunalen Kläranlagen erfaßt werden, und zwar sowohl an der Küste als auch in allen Einzugsbereichen der Flüsse. An Rhein, Elbe und Weser liegen die meisten Einleiter - hier ist besondere Wachsamkeit notwendig. Einleitungserlaubnisse müssen endlich öffentlich bekannt gemacht und auch die Ergebnisse der Überwachung einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden.

Ein internationaler Gleichschritt ist bei allen Maßnahmen, zum Beispiel in der Europäischen Gemeinschaft, anzustreben; das darf die Bundesrepublik aber nicht davon abhalten, alles zu tun, was nach eigenen Erkenntnissen erforderlich und technisch möglich ist.

Die Anhörung hat gezeigt, daß Forschung, Überwachung, Ahndung von Verstößen gegen bestehendes Recht und Verhinderung von Schadstoffeinträgen in die Nordsee noch erheblich ausgebaut werden müssen. So gibt es zum Beispiel immer noch keine gesicherte Erkenntnis, welche Langzeitwirkungen aus den einzelnen Schadstoffen eintreten können. Bestimmte Schadstoffe (zum Beispiel Schwermetalle) sind nie wieder zu beseitigen und können sich über die Nahrungskette zusätzlich in den Organismen anreichern und so den Menschen ständig gefährden. Schon heute sind die meisten Fische der Elbe nicht mehr zum Verzehr geeignet.

Die Sozialdemokraten im Innenausschuß begrüßen, daß der Vertreter des DGB sehr deutlich machte, daß Arbeitsplatzsicherung und Schutz der Nordsee kein Widerspruch bleiben darf. Auch die SPD vertritt die Auffassung, daß Politik und Wirtschaft gefordert sind, eine lebende Natur und eine lebenswerte Umwelt zu erhalten oder wieder herzustellen.

Deshalb ist es erforderlich,

- die Verklappung von Dünnsäure und Klärschlämmen im Meer sehr schnell zu beenden,
- die Einleitung von ungeklärten Abwässern in Flüsse nicht mehr zuzulassen,
- die Produktion der Industrie zielstrebig so umzuorientieren, daß keine gefährlichen Schadstoffe mehr in die Nordsee kommen,
- die behördliche Organisation zu vereinheitlichen und zu vereinfachen sowie sie ohne Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern schlagkräftig und damit endlich wirkungsvoll zu machen,
- möglichst schnell eine bessere Handlungsfähigkeit der EG in Fragen des Umweltschutzes der Nordsee herbeizuführen und



- intensivere Verhandlungen im Übrigen internationalen Bereich, insbesondere mit den Rhein-Anliegerstaaten, aber auch mit der DDR und der Tschechoslowakei über die Verschmutzung der Elbe zu führen.

Bei der Anhörung spielte auch die zunehmende Radioaktivität als "neue Verschmutzungsart" der Nordsee eine wichtige Rolle: Offensichtlich ist dies in erster Linie eine Folge der Wiederaufbereitungsanlagen für abgebrannte Kernbrennstäbe in Frankreich und England. Aus dem Kreis der Sachverständigen wurde angedeutet, daß zur Zeit geprüft werde, vermehrt radioaktiven Müll, einschließlich Krypton-Gas, in Stahlbehältern in 4.000 Meter Tiefe zum Beispiel im Atlantik zu versenken.

Dies ist äußerst gefährlich. Es kann nicht so sein, daß man radioaktive Abfallstoffe einfach ins Meer versenkte, weil man mit den Entsorgungs- und Endlagerungskonzepten für Atom Müll nicht weiterkommt.

Während sich die SPD-Fraktion und die FDP mit zahlreichen Vertretern an der Anhörung beteiligten, hatte die CDU/CSU-Fraktion nur ein Mitglied des Innenausschusses in die Sitzung entsandt. Dieses wurde nicht nur als unhöflich gegenüber den etwa 15 Sachverständigen empfunden, sondern macht nach Auffassung der SPD auch die Diskrepanz zwischen Wort und Tat der CDU/CSU bei Umweltproblemen mehr als deutlich.

Die SPD will nach der Sommerpause die Anhörung vor Ort fortsetzen. Dabei werden

- der Schutz des Wattenmeers / Eindeichungen
- die Überwachung der Schifffahrt / Unfallverhütung bei Öl- und Chemie-Tankern sowie
- die Industrieansiedlung und -tätigkeit an der Nordsee

im Vordergrund stehen.

(-/25.5.1982/va-he/ca)

+

+

+



**Bleibe hart !**  
-----

**Offener Brief an den Genossen Girgensohn**

**Von Volker Neumann MdB**

**Mitglied des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft**

Sehr geehrter Herr Minister,  
lieber Genosse Girgensohn,

die Verhandlungen der Kultusministerkonferenz zur Anerkennung der Gesamtschulbeschlüsse stehen am 27./28. Mai an. Gesamtschulen aus Nordrhein-Westfalen haben dazu Stellung genommen. Die Gesamtschulen des Kölner Regierungsbezirkes haben Dir eine Resolution übergeben. Etwa 8.000 Schüler, Eltern und Lehrer sind am 18. Mai durch die Kölner Innenstadt gezogen und haben auf der Domplatte eine Kundgebung abgehalten. In der Woche vom 24. bis 28. Mai wird es an den Schulen Einzelaktionen geben, am 25. Mai werden Schüler streiken, am Nachmittag wird eine erneute Demonstration vor dem Kultusministerium erfolgen, diesmal landesweit bestritten aus allen Gesamtschulen aus Nordrhein-Westfalen.

Alle diese Aktionen haben einzig und allein das eine Ziel, Dir klarzumachen:

Bleibt hart in den Verhandlungen mit den CDU/CSU-regierten Ländern! Laß nicht zu, daß die Gesamtschule durch faule Kompromisse ausgehöhlt wird bis zur leeren Worthülse! Gehe nicht auf die Forderungen der Bayern ein, die auf diesem Wege versuchen, die Gesamtschule bundesweit abzuschaffen!

So wichtig auch die bundesweite Anerkennung der Gesamtschulen ist, sie darf nicht zu teuer erkauft werden!

Triff lieber keine Vereinbarung, als eine schlechte Vereinbarung!

Bitte nimm zur Kenntnis, daß diese Schüler, Eltern und Lehrer für die Gesamtschule demonstrieren. Daß sie mit ihren Aktionen Dir den Rücken stärken wollen bei den Verhandlungen mit den anderen Kultusministern.

Du hast auf diese Aktionen mit Sanktionen geantwortet! Den Lehrern hast Du Disziplinarmaßnahmen angedroht, den Schülern Maßnahmen nach der ASchO.

Ja, was glaubst Du denn, wer diese Leute sind, die da auf die Straße gehen? Das sind doch Deine Leute! Das sind doch Lehrer und Eltern, die, solange es Gesamtschulen in NRW gibt, diese engagiert mit Leben gefüllt haben. Lehrer und Eltern, die wie keine anderen ihre Freizeit geopfert haben, um für die Schule zu arbeiten. Lehrer, die nicht pures Wissen vermitteln, sondern soziales Lernen. Lehrer, die nicht Pauker sein wollen, sondern Menschen - Freunde ihrer Schüler. Lehrer und Eltern, die jahrelang die Gesamtschule bei Angriffen von draußen verteidigt haben.

Es sind doch die besten und engagiertesten, die treuesten Verfechter der Gesamtschule, die trotz der angedrohten Maßnahmen auf die Straße gehen.

Und die willst Du bestrafen? Sie Dir namentlich nennen lassen? Sie mit administrativen Maßnahmen blockieren? Initiativen unterbinden? Das kann nicht Dein Ernst sein!

Ich weiß, unter welchen Schwierigkeiten Gesamtschulen unter "normalen Bedingungen" arbeiten. Die Gesamtschule in meinem Wahlkreis habe ich von Anfang an beobachtet und kenne die Anfeindungen, denen sie täglich ausgesetzt sind.

Du hast oft gesagt, die Gesamtschule sei Dein liebstes Kind. Gesamtschuleltern, -lehrer und -schüler sagen aus der Praxis heraus: Die Gesamtschule ist für uns die beste Form der Schule.

Bitte verhindere, daß sie uns kaputt gemacht wird!

(-/25.5.1982/vo-he/ca)

+ + +



## CSU verantwortungslos

## Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse drängt

Von Manfred Dammeier MdL

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AFB)

Die Gesamtschulen sind über einen langen Zeitraum erprobt und als reguläre Schulform eingeführt worden. Die Gesamtschulen bedürfen der Anerkennung durch alle Bundesländer, um den Schülern und Eltern Unsicherheiten zu nehmen. Das Normale ist, daß Entscheidungen einzelner Länder vor allen anderen Ländern akzeptiert werden.

Auch wenn es sich jetzt nur um die Anerkennung der Abschlüsse nach der Klasse 10 handelt, sind diese Vereinbarungen doch weit darüber hinaus wichtig.

Die AFB hält es für dringend erforderlich, daß nach den mehrjährigen Verhandlungen und, nachdem eine Entscheidung wiederholt verschoben worden ist, nun endlich die Kultusminister aller Bundesländer sich über die gegenseitige Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse einigen.

Im Verlaufe dieser Verhandlungen ist gegenüber der CDU/CSU-Position einiges erreicht worden: Die ursprüngliche Forderung nach einer äußeren Differenzierung in den Klassen 5 bis 6 wird nicht mehr aufrecht erhalten. Es ist verabredet, daß die äußere Differenzierung auf zwei Niveaus stattfinden kann (und nicht auf mindestens dreien) und es soll eine Verständigung darüber erfolgen, welche Gesamtschulen mit besonderen pädagogischen Zielsetzungen geführt werden.

Mit dem Stand der Vereinbarungen vom 19. April 1982 sind Zugeständnisse gemacht worden, die bis an die äußere Grenze dessen geht, was aus der Sicht sozialdemokratischer Bildungspolitik noch zumutbar ist. Ein weiteres Entgegenkommen ist nicht mehr denkbar. Der gegenwärtige Stand rechtfertigt eine Zustimmung nur unter dem Gesichtspunkt, daß mit diesem Kompromiß leidige gegenseitige Anerkennungsstreitigkeiten vermieden werden und daß dies eine Vereinbarung aller elf Bundesländer wird.

Unter solchen Verhältnissen erweist sich erneut, daß die CSU in bildungspolitischen Fragen verantwortungslos handelt. Die Forderung, die Vereinbarungen auszusetzen und nicht zustande kommen zu lassen, sondern die Gesamtschule noch mehr auf die Strukturen des dreigliedrigen Schulsystems zu drängen, sind mehr als inakzeptabel.

Wir erinnern daran, daß wir an der gegenwärtigen Vereinbarung vor allen Dingen kritisieren,

- daß die Zugehörigkeit zu Grund- oder Erweiterungskursen und die damit verbundene Notengebung ausschlaggebend für Versetzungen sein soll. Auf diese Weise wird die pädagogisch gebotene Zuweisung zu den Kursen unterschiedlichen Niveaus von der Orientierung auf Abschlüsse überlagert und damit Elemente des dreigliedrigen Schulsystems unter dem Dach der Gesamtschule wiederholt.
- daß weitere Fachleistungsdifferenzierungen in den Naturwissenschaften Physik und Chemie und gegebenenfalls Deutsch vorgesehen werden. Über eine von Bayern geforderte zusätzliche Fachleistungsdifferenzierung in den Fächern der Gesellschaftslehre ist gar nicht zu verhandeln.

Wir erinnern daran, daß eine solche Vereinbarung - abgesehen von der generellen Bedeutung gegenseitiger Anerkennung - nur für die wenigen Schüler tatsächlich Bedeutung haben würde, die nach der Klasse 10 aus einer Gesamtschule in eine Klasse 11 einer Schule eines anderen Bundeslandes gehen würden.

Es deutet sich jetzt an, daß der bayerische Ministerpräsident seinen Kultusminister doch nicht im Regen stehen lassen will. Wenn es aber trotzdem bei dem bevorstehenden Treffen der Kultusminister unter dem Druck der bayerischen CSU-Position nicht zu einer gemeinsamen Übereinstimmung zusammenfinden können, so halten wir es für richtig, wenn die verständigungsbereiten Bundesländer untereinander Verabredungen über die gegenseitige Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse treffen, bei denen allerdings dieser Minimalkonsens nicht mehr die Grundlage einer Vereinbarung sein könnte. Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland würde es ertragen, daß in dieser Frage keine einheitliche Vereinbarung zustande kommt und unterschiedliche Entwicklungen in verschiedenen Ländern Platz greifen.

+ + +

(-/25.5.1982/bqy/ca)

DOKUMENTATION

Der SPD-Rüstungskontrollexperte Egon Bahr hat anlässlich der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises an ihn am Wochenende in Rastatt folgendes Referat gehalten, das wir in drei Teilen dokumentieren:

Sich aus alten Denkschablonen befreien (Teil II)

-----

Ich habe den Vorschlag der vier Amerikaner deshalb interessant gefunden, weil er die besondere Lage der Bundesrepublik mit unserer besonderen Gefährdung anerkennt und das Interesse formuliert, das unser Interesse auch ist: Die nukleare Schwelle muß so hoch wie möglich gesetzt werden. Wir dürfen nicht durch immer verkleinerte, ganz vorn postierte Atomwaffen gewissermaßen hineingleiten in den atomaren Krieg. Das sprach und spricht gegen Neutronenwaffen, aber auch gegen andere taktische Waffen, über deren Einsatz de facto im Ernstfall ohne politische wirkliche Abstimmungsmöglichkeit schnell und delegiert entschieden werden müßte.

Ich kann auf den Erstgebrauch von Atomwaffen verzichten, wenn ich eine annähernde konventionelle Gleichheit beider Seiten habe, nicht vorher. Ich komme zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige Strategie der sogenannten Triade bleiben muß, solange das konventionelle Gleichgewicht nicht vorhanden und überprüfbar vertraglich gesichert ist.

Aber den nuklearen Krieg oder das Überschreiten der nuklearen Schwelle möglichst unmöglich zu machen, hat einen ganz hohen Stellenwert. Er wäre für mich hoch genug, um auch zu der Konsequenz Ja zu sagen. Wir müßten bereit sein, mehr Geld auszugeben für konventionelle Rüstung, wenn dies der einzige Weg dazu wäre. Hier muß man seine Prioritäten kennen.

In der bisherigen öffentlichen Diskussion ist allerdings verblüffend zu sehen, daß darunter immer konventionelle Aufrüstung verstanden wird, wenn von konventionellem Gleichgewicht gesprochen wird. Es wäre doch naheliegend, mit dem Warschauer Vertrag das annähernde konventionelle Gleichgewicht durch Abrüstung auf eine niedrigere Ebene zu verhandeln. Dabei muß die Bundeswehr nicht die sowjetische Armee ausbalancieren. Aber wenn wir die Zahlen der Gesamtstreitkräfte nehmen, in der Nato und im Warschauer Vertrag, dann ist das kein überwältigendes Ungleichgewicht, was da zu beseitigen ist. Natürlich muß man dafür über die Region hinausgehen, wie sie für die Wiener Verhandlungen bestimmt wurde.

Ich muß Streitkräfte in der Sowjetunion ebenso wie in Amerika sehen und auch die Zeit in ein annäherndes Gleichgewicht bringen, die für beide Seiten erforderlich ist, gegebenenfalls auffüllen zu können. Der abgeschlossene Host-Nation-Support zeigt Wege. Vielleicht begrenzt man sich auf Zentral-Europa und läßt zunächst sowohl den Norden wie den Süden beim gegenwärtigen Zustand. Aber es ist klar, daß dann auch die französischen Streitkräfte berücksichtigt werden müssen; sie wollen im Ernstfall ja gar nicht anders betrachtet werden denn als Feind des Angreifers und Teil des Bündnisses. Ich habe es dann mit verschiedenen Asymmetrien zu tun, einer beträchtlichen sowjetischen Panzerüberlegenheit, die durch eine beträchtliche konventionelle Panzerabwehrfähigkeit natürlich nicht soweit auszugleichen wäre, daß wir keine Panzer mehr brauchten.

Aber das Entscheidende ist nicht, auf allen Sektoren zahlenmäßige Gleichheit zu erhalten sondern offensiv benutzbare Überlegenheiten der anderen Seite so zu reduzieren, daß ein Angriff militärisch sinnlos wird.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Interessen angebracht. Ich glaube, daß seit mehr als einem Dutzend Jahren das Verhalten der beiden Supermächte ihre Priorität zeigt, den großen globalen atomaren Konflikt zu verhindern. Unter dem Gesichtspunkt: das Wichtigste zuerst, haben sie sich vor allem darauf konzentriert, die gewaltigsten Zerstörungspotentiale zu neutralisieren. Das heißt, sie erstreben ein Gleichgewicht, das auf der Basis vernünftigen Verhaltens auf beiden Seiten bei gegenseitiger Verwundbarkeit den Einsatz ausschließt. Der SALT-Prozeß zeigt das. Wir haben Gleiches für die darunter liegenden Ebenen nicht. Krieg zu verhindern ist das Interesse beider; wenn dies nicht möglich ist, so ist das Interesse beider, was immer sie erklären, den Krieg möglichst außerhalb ihrer Territorien zu führen. Wir sollten das nicht kritisieren. Wir würden ebenso

denken, wenn wir in Washington oder Moskau säßen. Es entspricht sogar dem allgemeinen Interesse, daß nicht die Menschheit untergeht, falls Europa bis zur Unkenntlichkeit zerstört würde. Interessen lügen nicht, ist gesagt worden, und deshalb ist es richtig, daß natürlich Europa das Interesse hat, in den gleichen Zustand ausbalancierter Sicherheit zu kommen, den beide Supermächte für sich zu festigen suchen.

Das geht auf zweierlei Art: Die eine ist die Verklammerung, die lückenlose Integration aller militärischen Mittel in einer Vollständigkeit, die gewissermaßen wie ein Domino-Prinzip wirkt: Wenn ein Stein fällt, fallen alle anderen. Die Androhung der Eskalation bis zum letzten ist sicher, weil die Sorge vor dem Abgrund bewirkt, daß niemand den ersten Stein anstößt. Die Triade der Nato will das erreichen. Europa will Amerika gewissermaßen nicht die Freiheit lassen, zu entscheiden, wann es seine eigene Existenz aufs Spiel setzt, sondern die USA fast automatisch mit dem eigenen Schicksal unlösbar verknüpfen. Wenn das gelänge, wäre es das Äußerste an erreichbarer Sicherheit, solange das Gleichgewicht möglichen Schreckens wirkt.

Aber eben dieses haben die Vereinigten Staaten abgelehnt, seit sie die Strategie einer massiven Vergeltung abgelehnt haben, mit der Erklärung, die Androhung zum Einsatz der äußersten Waffen im Falle eines begrenzten Angriffs sei nicht mehr glaubwürdig. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zweifel, ob Amerika sein Schicksal unlösbar an das Europas koppeln wolle, das wohl entscheidende Moment bei de Gaulle gewesen ist, eine eigene nukleare Abschreckung Frankreichs strategisch und militärisch zu entwickeln. Niemand kann Amerika zwingen, seine eigene Existenz einzusetzen, solange es nicht seine eigene Existenz unmittelbar bedroht sieht.

Die Strategie der flexible response hat ein doppeltes Gesicht. Sie droht auf der einen Seite mit der lückenlosen Abschreckung und gleichzeitig kündigt sie das Interesse an, nur das Notwendige zu tun, Stufen zu haben, um anhalten zu können. Wenn ein Stein fällt, sollen eben gerade nicht automatisch alle anderen fallen. Die gültige Nato-Strategie verbindet also beides. Sie macht Abkoppelung und Ankoppelung denkbar, begrenzten Krieg und unbegrenzten Krieg. Ich zweifle nicht daran, daß im Ernstfall die Bemühungen zur Begrenzung unternommen würden, auch wenn die Sowjetunion mit ihrer Strategie das Gegenteil androht. Die sowjetische Strategie sagt vereinfacht, ein Krieg in Europa ist nicht begrenzbare und behält sich den Einsatz aller Mittel vor, die sie für notwendig hält, um einen Kampf auf Leben und Tod zu bestehen. Und das geht nicht ohne ihren Hauptgegner, Amerika, entscheidend zu treffen. Dennoch ist der Versuch zur Begrenzung, den Interessen beider entsprechend, wahrscheinlich; die Wahrscheinlichkeit, daß er gelingt, ist annähernd null aus vielen Gründen, die ich jetzt nicht erörtern will.

Die zweite Art, daß auch Europa in den Genuß des ausbalancierten Gleichgewichts kommt, das die beiden Supermächte für sich zu etablieren suchen, ist die eines konventionellen Gleichgewichts, das jeden Angriff unsinnig macht. Aber hier begegnen wir dem ersten Einwand, daß Verzicht auf die Androhung des nuklearen ersten Einsatzes Krieg wieder führbar erscheinen lassen könnte. Man kann argumentieren, daß gerade die Unausdenkbarkeit und die Unkalkulierbarkeit des Abgrundes vor Krieg abgeschreckt hat, und fürchten: Wer den Schrecken wegnimmt, macht den nur konventionellen Krieg wieder möglich. Bei der hohen Bevölkerungsdichte, bei der hoch anfälligen Entwicklung unserer Zivilisation, bei Feuerkraft und Präzision modern ausgerüsteter Verbände, wäre ein konventioneller Krieg im Zentrum Europas schrecklich, lähmend und unakzeptabel. Bei der Enge des Raums ist es geradezu ein Alptraum, sich vorzustellen, daß sich im wesentlichen auf unserem Boden über Wochen und Monate elektronisch gelenkte Zerstörungsmaschinen von hundert oder hundertzwanzig Divisionen austoben würden, in der Gewißheit, daß die Territorien der beiden Supermächte unangetastet bleiben. Es könnte die perfekte Abkoppelung werden.

Die nüchterne Analyse scheint Europa nur vor Alternativen zu stellen, die unterschiedlich unannehmbar sind. Wer für die Völker und Staaten Europas einen neuen Ansatz der gemeinsamen Sicherheit sucht, muß von den Realitäten ausgehen: Es gibt vier Atomkräfte in Europa, zwei unterschiedliche Bündnisse und unterschiedliche konventionelle und nukleare Streitkräfte. Es wäre wirklichkeitsfremd, von den Atomkräften ihre eigene atomare Entwaffnung zu verlangen. Das atomwaffenfreie Europa ist eine Illusion. Keine einstimmig angenommene Resolution wird die vier Atomkräfte dazu bringen, ihre Atomwaffen abzuschaffen.

Verantwortlich: Willi Carl

